

17. Juli 1964

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

R/XIX/121

Bonn den 30. Juni 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

Hier irrte der Bundeskanzler

70

Zeilen widerlegen seine Behauptungen über den Krankenstand

Eine große Frau

70

Zum Tode von Toni Sender

Bonn der Staat Hotels verkauft

60

Hitlers Erbe war kein Geschäft für Bayern

Freiwild ?

92

Ein Fall für den Innenminister von Nordrhein-Westfalen

Zerschlagung des BRG ?

1

Zieler Regierung unter dem Druck privater Interessen

5 - 6

Das Fußvolk schloß die Generäle flehen

90

Senator Goldwaters Aufstieg in der Republikanischen Partei der USA

Von unserem Korrespondenten in den USA

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/KCXX/181

Bonn, den 30. Juni 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite.

Zeilen:

Hier irrte der Bundeskanzler

20

Zahlen widerlegen seine Behauptungen über den Krankenstand

Eine große Frau

30

Zum Tode von Toni Sender

2 - 3

Wenn der Staat Hotels verkauft

38

Mitlers Erbe war kein Geschäft für Bayern

3

Freiwillig ?

39

Ein Fall für den Innenminister von Nordrhein-Westfalen

4

Zerschlagung des BRB ?

41

Kieler Regierung unter dem Druck privater Interessen

5 - 6

Das Fußvolk blieb, die Generale flohen

32

Senator Goldwaters Aufstieg in der Republikanischen Partei der USA
Von unserem Korrespondenten in den USA

* * *

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

30. Juni 1964

Hier ürte der Bundeskanzler

Zahlen widerlegen seine Behauptungen über den Krankenstand

sp - Von anerkannten Fachleuten mußte sich der Bundeskanzler sagen lassen, daß seine in der Konjunkturdebatte des Bundestages aufgestellten Behauptungen über den Krankenstand in der Bundesrepublik nicht stimmen. Erhard glaubte, sagen zu müssen, der Rang zum Krankenstand nehme in bedenklichen Maße zu. Das könne nicht ohne Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaft bleiben. Einwandfreie Zahlen widerlegen den Bundeskanzler. Der Krankheitsstand bei den Pflichtversicherten war am ersten Juni dieses Jahres mit 4,57 Prozent der niedrigste seit Jahren. 1960 also auch in einem Jahr überwachsender Konjunktur, waren es 6,37 Prozent aller Pflichtversicherten, die durch Krankheit zeitweilig aus dem Arbeitsprozeß ausschieden. Erhard liebt die großen Töne, dabei unterbindet ihn aber falsche Zeugenschläge. Schon einmal hatte er sich mit den Bauarbeitern angelegt, denen er Faulheit vorwarf. Von Fleiß und der Mäßigkeit der deutschen Arbeitnehmer scheint er nicht viel zu halten. Während Einreißung muß zurecht große Teile unseres Volkes verbittern. Würde es wirklich so wie Erhard es sieht, wie erklärt sich denn der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik zur zweitgrößten Hochleistungsmark der Welt und die Gold- und Devisenfülle in den Bundeskassen? Erhard mag sich in der Wirtschaft auskennen, die soziale Wirklichkeit scheint ihm verschlossen zu sein.

Eine große Frau

Zum Tode von Toni Sender

sp - Am 26. Juni erreichte uns die Nachricht, daß Toni Sender die r am Wochenende nach langem Leiden in einem Hospital in New York 72-jährig verstorben ist. Die Partei- und Gewerkschaftsfreunde, die immer geistreichen Frau und kämpferischen Sozialistin auf der Höhe und in den Tiefen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung begegnet sind, können es kaum fassen, daß diese glanzvolle Revolutionärin nun für immer verstummt ist und die Feder ihres dynamischen Schriftstubs immer aus der Hand genommen wurde. Im ersten Weltkrieg hatte die aus der Eingebunden hervorgegangene Frau sich nach dem Besuch sozialdemokratischer Arbeitervereinsungen entschlossen, am Durchbruch und Aufbau des Sozialismus mitzuarbeiten. Der Deutsche Metallarbeiterverband, unter Führung von Robert Dittmann, berief die junge, leidenschaftliche Vor kämpferin einer neuen Gesellschaftsordnung in die Redaktion der ersten und höchst instruktiven Betriebsräte-Zeitschrift. Mit ihren fundierten Französischen und englischen Sprachkenntnissen spielte sie auf den internationalen Gewerkschaftskongressen eine beachtliche Rolle. In den Jahren 1919 bis 1924 war sie Stadtverordnete in Frankfurt am Main, von 1920 bis 1933 Mitglied des Deutschen Reichstages, zuletzt für den Wahlkreis Dresden-Santzen.

1933 mußte die von den Nationalsozialisten verfolgte Toni Sender emigrieren. Sie war zuerst in der Tschechoslowakei, später bis zu ihrer Lebensende in den USA. Der amerikanische Gewerkschaftsbund delegierte Toni Sender viele Jahre hindurch in die Vereinten Nationen nach Genf und New York. Ihr Buch "The Autobiography of a German Rebel" fand ein starkes Echo. Es ist das Dokument eines aufrechten deutschen Demokraten.

Wenn der Staat Hotels verkauft

Hitlers Erbe war kein Geschäft für Bayern

Bw. - Seit Monaten versucht man im Münchner Maximilianeum, dem Sitz des Landtages, das Mysterium zu klären, warum eigentlich das Finanzministerium vor Jahr und Tag den Nachlaß Adolf Hitlers auf dem Garmischberg bei Berchtesgaden zu einem Spottpreis an einen Hotelkonzern veräußerte und dazu noch die Verpflichtung übernahm, solange die amerikanische Armee die dort gelegenen Hotels nicht räumt, Nutzungsentschädigung an der Käufer zu bezahlen. Auf diese Weise kann es kaum kommen, daß der Freistaat Bayern zu guter Letzt bei diesem sonderbaren Geschäft noch zuzahlen muß.

Beunruhigt wurde dieser Verkauf von Goerster Rechnungshof, der auch nach allerlei Ausreden der Ministerialbürokratie seine Kritik aufrechterhält. Die SID ist der Meinung, daß der Haushaltsausschuß sehr weit im Jahre 1958 - nicht richtig unterrichtet wurde. Die Ministerialbürokratie aber erklärt, was nicht erklärbar ist, mit der Möglichkeit, daß die amerikanische Armee diese Objekte hätte räumen können. Offiziell wollte man den Freistaat Bayern auf keinen Fall der Gefahr aussetzen, Besitzer nicht genutzter Hotels und dazugehörige Verträge zu sein und dann erst überlegen zu müssen, was damit geschehen soll. Vielleicht suchte man auch, dortige Grundstücke in einer nicht frequentierten Fremdenverkehrsgegend verkaufen mit der Zeit an West.

Sicher ist nur eines, der inzwischen verstorbene Hotelier Sebastian Berger suchte kaufmännisch, im Gegensatz zur Finanzbürokratie und wohl auch mit demwilligen Staatssekretärs Frankfurter (Bayernpartei), mit einer Spende von einer Viertelmillion für die Restaurierung der Münchner Residenz handelte er einen Freundschaftspreis ein, der völlig außergewöhnlich ist; von der Tatsache, daß die amerikanische Armee die Hotels nicht räumte und wohl auch nicht räumen wird, ganz abgesehen.

Von kaufmännischen Überlegungen völlig unberührt argumentiert auch heute noch vor dem Haushaltsausschuß der zuständige Ministerialdirektor, es sei doch alles in bester Ordnung. Die "Möglichkeit" der Lösung habe bestanden. Woraus sich ergibt, daß dem bayerischen Finanzministerialbürokratisches Denken völlig fremd ist. Wenn nämlich das recht unmaßstäbliche, aber nicht uninteressante Gericht von der Räumung der Obersalzberger Hotels wahr gewesen wäre, würde eine einfache kaufmännische Anstrengung dazu geführt haben, Überlegungen anzustellen, ob man diese Objekte nicht zu guten Bedingungen verpachtet oder aber auf einer Basis verkauft, die dem Freistaat Bayern einen beträchtlichen Gewinn eingebracht hätte. Oder aber, wenn man schon diese Frage mehr als eine Art Wohlfahrtspflege ansah, erst einmal festzustellen, wem und zu welcher damals keineswegs vorteilhaften Bedingungen diese Liegenschaften um des Führers Hauptquartier willen abgekauft wurden. Es wäre politisch sicherlich nicht unvorteilhaft gewesen, wenn Bayern diese Grundstücke, zumindest, soweit nicht nachträglich Hotels gebaut wurden, zuerst einmal zu günstigen Bedingungen den Neoproprietären des Dritten Reiches angeboten hätte. Falls die amerikanischen Soldaten nun wirklich Berchtesgaden verlassen wollten.

Daran denken sie aber offensichtlich nicht. Man braucht kein Ministerialdirektor im bayerischen Finanzministerium zu sein, um sich auszurechnen, daß, solange die amerikanischen Streitkräfte sich nicht

wesentlich verringern, sie ihre Urlaubsstätten in der Bundesrepublik beibehalten werden. Der damals maßgebende Offizier in Barchesgaden hatte allerdings einen Schwiegersohn, der im Steigenberger Konzern eine leitende Stellung hatte. Er soll von der bevorstehenden Räumung "gesprochen haben". Vielleicht hat er das sogar und damit bewiesen, wie man karinhäuslich handelt.

Eine andere Frage ist, ob Ministerialdirektoren berechtigt sind, derartig unwirtschaftlich mit dem Besitzum des Staates und damit des Steuerzahlers umzugehen. Zugrunde sollten sie auch bei mangelndem wirtschaftlichem Sinn über ein Hindernis logischer Denkfähigkeit verfügen. Wenn man nämlich einen Vertrag aufsetzt, in dem gezahlt wird, bei Fortdauer der Nutzung der Hotels auf dem Obersulzberg sollte der Staat eine Nutzungsentschädigung zahlen, dann kann man doch wohl bei einiger geistiger Anstrengung versuchen, die Räumung durch besagte Beamten stets nicht ermittelbar bevor und dies bedeute ein Risiko für den Staat als Verkäufer. Auf eine kurze Formel gebracht, erweist sich hier ein Musterbeispiel, wie schwierig es für ein Parlament sein kann, derartige unvoreilhaft Manipulationen der Ministerialbürokratie so zu kontrollieren, daß kein Schaden entsteht.

Freiwild ?

9. Sep. - Die RHEINISCHE POST berichtete, daß am Lornersweg, am 2. 9. 1964, in Velbert ein 32 Jahre alter israelischer Tourist polizeilich angehalten worden ist, weil er seinen Kraftwagen in unzulässiger Weise abgestellt hatte. Dabei soll der in Betracht kommende Polizeibeamte den Verkehrshinderer mit hartem Polizeigriff gefaßt, gegen eine Hauswand gedrängt und, nachdem der so Behandelte rufferte, daß er nicht festgehalten werden möge, sondern freiwillig mitkommen wolle und Israeli sei, ins Gesicht geschlagen haben. Das wäre eine sehr böse Sache.

Wenn sich dieser Vorfall so abgespielt hat, dann dürfte weniger ein Fall von Übertretung der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung so richtig sondern vorwiegend ein unangenehmer Fall von Antisemitismus zu verurteilen sein, in dem ohne jegliches Zögern mit der gebotenen Schärfe vorgegangen werden sollte. Ein Anlaß für die zu treffende Intervention mag bereits darin erblickt werden, daß vielleicht der Kraftwagen des betreffenden Israeli mit dem im internationalen Grenzverkehr maßgebenden Nationalitätszeichen "IL" versehen war und daß der in Betracht kommende Polizeibeamte dessen Lebensalter in dieser Zusammenhang von Interesse sein dürfte, erkannt haben wird, wobei der Mann konst. von sich griff.

Nach der Berichterstattung der RHEINISCHEN POST sollen dem israelischen "Verkehrshinderer" von dem Polizeibeamten schließlich sogar Handfesseln angelegt worden sein. Daß er obendrein noch zu einem Funkstreifenwagen und mit diesem zur Polizeistation gebracht worden sein soll, wo sein Paß und sein internationaler Führerschein in Ordnung befunden wurden, gibt dem berichteten Vorfall eine besondere Note. Hierzu kommt, daß nach Zeugenangaben der Polizeibeamte zugeschlagen hat, als er die Worte "Ich bin Israeli" vernommen habe.

Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen sollte sich mit dieser Angelegenheit persönlich befassen. Es gilt nämlich, in diesem Falle zu verhindern, daß irgendetwas bagatelisiert oder gar vertuscht wird. Ohne Rücksichtnahme muß hier entschlossen gehandelt werden, denn es kommt auch darauf an, das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland nicht erneut infrage ziehen zu lassen.

30. Juni 1964

Zerschlagung des NDR ?

Kieler Regierung unter dem Druck privater Interessen

Am 30. Mai hatte der Verwaltungsrat des Norddeutschen Rundfunks einstimmig beschlossen, zwischen Weibruchten 1964 und Ostern 1965 ein Drittes Fernsehprogramm versuchsweise auszustrahlen, das in erster Linie bildenden und informierenden Charakter haben soll. Dieser einstimmige Beschluß kam zustande nachdem der Bundespostminister dafür eine dritte Fernsehsenderkette angeboten und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Dr. Lenke, der zeitweilige Vorsitzende des Rundfunkrats, über die Vorbereitungen ständig unterrichtet wurde.

Im Übrigen ist in der Landeskanzlei des CDU-Politikers Dr. Lenke zu Kiel etwas geschehen, worüber man nicht nur sehr Rudelux den Kopf schüttelt. Lenke ließ ein Bündel von Bedenken bekanntgeben und mitteilen, er lasse prüfen, wie man wirken gegen diese Absicht des NDR vorgehen könnte. Erst müsse die Bevölkerung voll mit dem Zweiten Programm versorgt werden. Tatsächlich aber geschieht dies bereits zu über 90 Prozent. Ferner bestünden Finanzierungsschwierigkeiten für das Dritte Programm. Die Finanzierung selber ist aber weitgehend gesichert. Am Ende 1964 mit dem Ausstrahlen des Programms begonnen werden könnte.

Ein weiteres Bedenken, das in der Kieler Landeskanzlei geäußert wird, lautet offenbar der ganzen Kern der Angelegenheit näher. Dr. Lenke läßt verkünden, man müsse erst die Wettbewerbsuntersuchungen zwischen Fernsehen, Funk und Presse abwarten. Dabei muß man wissen daß es in der CDU-Fraktion des Kieler Landtags eine starke Gruppe gibt, die ein eigenes Rundfunkgesetz, unter Aufkündigung des Vorkriegsverhältnisses mit dem NDR, forcieren möchte. Da in Schleswig-Holstein ein privater Fernsehanstalt Per und Ute zu Gefehen.

So hat denn der sozialdemokratische Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag, Wilhelm Käber gefragt, wessen Interessen sind eigentlich von der Landesregierung wahrgenommen worden. Der damalige Ministerpräsident von Hassel hatte schließlich dem Bundespostministerium und dem NDR mitgeteilt, er stimme den Vorbereitungen für die Ausstrahlung eines Dritten Fernsehprogramms durch den NDR zu. In Verbindung war dieser Beschluß einstimmig mit den Stimmen der CDU abgeschlossen worden.

Es ist denn nur folgerichtig, daß Käber den Ministerpräsidenten Lorenz auffordert, zu erklären, ob er seinen Vorgänger von Hassel bestätigen wolle, "daß die Wünsche privater Interessengruppen für ein kommerzielles Fernsehen zu erfüllen".

Es entsteht tatsächlich die Frage, ob sich Schleswig-Holstein dafür hergeben will, den NDR zu zerschlagen, um privaten Gruppen ein kooperatives Abrechnungsgeschäft über eine private Fernsehanstalt zu ermöglichen.

Das Fußvolk blieb, die Generäle flohen

Senator Goldwaters Aufstieg in der Republikanischen Partei der USA
Von unserem Korrespondenten in den USA

New York, Ende Juni

In wenigen Tagen, am 13. Juli, wird in San Francisco der große Landesparteitag der Republikanischen Partei eröffnet, der den Parteikandidaten für die Präsidentschaftswahlen zu wählen hat und das Aktionsprogramm der Partei für diesen Wahlkampf festlegt. Wenn nicht alles täuscht und alle Tropheten, Sachverständigen und Gutachter grundsätzlich daneben raten, wird sich der Parteitag sehr schnell, schon im ersten oder zweiten Wahlgang, für den konservativen Senator Barry Goldwater entscheiden und ein gemäßigtes, liberales, verständigungsabereites, in keiner Weise radikales Parteiprogramm annehmen, auf das sich dann Goldwater, vermutlich etwas widerstrebend, festzulegen haben wird.

Beinahe ein Wunder

Senator Goldwaters überwältigend starke Position am Vorabend der Parteitagsöffnung ist beinahe ein Wunder - oder wenigstens das Resultat geschickter und beharrlich durchgeführter Zauberkinstler-Tricks. Gegen ihn und seine Kandidatur stellten sich von Anfang an alle großen und einflußreichen republikanischen Parteizeitungen allen voran die "New York Herald Tribune" und die "Los Angeles Times"; gegen ihn stellten sich die maßgeblichen Finanz- und Industriekreise der östlichen Großstädte, die traditionsgemäß die Wahlkämpfe der Partei finanzieren und damit das Gesicht der Partei mitbestimmen, und die sich längst angewöhnt haben, international und gedämpft-fortschrittlich zu denken; gegen ihn wendten sich alle maßgeblichen Führungspersönlichkeiten der Partei, die Gouverneure, die meisten Senatoren und sogar, wenn auch vorsichtig verklausuliert und eher verschwommen, Expräsident Dwight D. Eisenhower ...

Und dennoch manövrierte sich Goldwater in seine fast unerschlagbare Spitzenposition hinein. Erstens gibt es wirklich eine Art "konservative" Welle im Volke, - wenn auch bei weitem nicht so umfangreich und weitgreifend, wie einige ihrer Propagandisten wahrhaben möchten. Zweitens verkündete er seine Kandidatur bereits im vorigen Jahr und konnte, als einziger unter den republikanischen Präsidentschaftsanhängern, in beachtlicher Kleinarbeit seine "Maschinerie" von Vertrauensleuten, örtlichen Komitees, Verbindungsmännern zur offiziellen Parteibürokratie usw. auf; zugleich sammelte er die nötigen Gelder für den Wahlfonds und sicherte sich die Loyalität von Werbe- und Reklamemachern. Alles das gab ihm einen mächtigen Vorsprung und eine gute Ausgangsstellung in der Hierarchie der kleineren und mittleren Parteiforgane.

Innerparteiliche Großmacht

Aber mit allen diesen Trumpfkarten schnitt dennoch Goldwater in den meisten Primärwahlen sehr schlecht ab; Rockefeller und Lodge besiegten ihn überall; - und nur in der letzten Primärwahl, in Kalifornien, gewann er gegen Rockefeller, aber auch hier nur um Haarsbreite. Man darf daraus schließen, daß von den Massen des Parteivolkes im Landesschnitt nicht mehr als ein Drittel, aller höchstens jedoch vierzig Prozent wirklich hinter ihm stehen. Damit ist er natürlich eine innerparteiliche Großmacht, mit der man rechnen muß; aber klipp und klar insgesamt nur eine Minderheit.

Seine überragende Stellung verdankt er einer ganz anderen Entwicklung. Nur ein Teil der Parteitage delegierten geht aus offenen Diskussionen hervor; die übrigen werden auf Bezirks- und Kreisparteitagen, fast unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit, von Ortsgruppenfunktionären und anderen Angehörigen der Partei bestimmt. Das aber sind die Kreise, die in vielen Landesteilen, vor allem im Süden und Mittelwesten, sehr häufig konservativ eingestellt sind. Still und ruhig reichte Goldwater diese unbekanntem örtlichen Delegierten in "seiner Felle" auf; und damit kann er zu Beginn des Parteitages auf eine ihm ergelene Liste Delegiertenwahl hinweisen, die hart an das notwendige absolute Mehr heranreicht oder gar knapp einer Zählung darüber hinaus geht.

Zwischen der Liberalen

Erst als es so weit war, wachte die Gegenseite auf. Die führenden liberalen Republikaner zögerten lange, sich im Kampf gegen Goldwater anzuschließen und hofften, in letzter Minute noch als Ausschüßler des Rennen raschen zu können; erst Mitte Juni entschloß sich einer von ihnen, Gouverneur Scranton aus Pennsylvania, das Leibe Spiel des "Hanswurst" gegen Da "erren" abzugeben und sich offen als liberal Goldwater-Kandidat in die Kampfabena zu begeben. Demnach sprachen ihn auch andere Liberale - Gouverneur Rockefeller aus New York, der bisherige Parteiführer in Saigon, Henry Cabot Lodge, Gouverneur von Michigan und noch einige Figuren der "modernen Republikaner" ihre Unterstützung aus oder waren gar ihre aussichtslos gewordenen Kandidatur zu Scrantons Gunsten zurück - aber wahrscheinlich kam es zu spät. Miliche Generäle stehen über so Scranton, aber das Fulkreis der verschiedenen Parteifunktionäre, auf die es auf dem Parteitag ankommt, ist für Goldwater.

Die Liberalen und gemäßigten Parteikreise der Republikanischen Bewegung sind ebenfalls besorgt. Goldwater ist kein Demokrat der Konstitution - im Übermaß. Der Hauptverwurf gegen ihn besteht darin, daß er nicht eindeutig und prinzipienlos zwischen der goldenen Mitte und der äußersten Rechten hin und herwechselt - hätte viel nachzudenken. Er wird von den liberalen Kreisen der "John-Birch-Gesellschaft" unterstützt und gefördert und könnte eines Tages leicht ihr Befragter werden. Ein konsolidierter Nachdruck der Partei ist durchaus nicht unendlich. Das aber ist nicht auch mit der Tradition des amerikanischen Zweiparteiensystems die sicher immer wollte, daß beide große Parteien ihren Kandidaten auf dem Mittelgrund des "breiten allgemeinen Zuspruchs" austreten, sich dabei nur im Rennen voneinander unterscheiden.

Niemand weiß...

Diesen Mittelgrund würde über die Partei unter Goldwaters Führung unangekündigt verlassen, und niemand weiß, was daraus entstehen wird. Viele Senatoren, Abgeordnete, Gouverneure, Bürgermeister usw., deren Mandate im November zugleich mit dem Präsidentenamt zu erneuern sind, fürchten, eine Goldwater-Katastrophe würde auch ihre Wiederwahlchancen zerschmettern; andere sehen in einer Kraftprobe Johnson-Goldwater eine echte und begrüßenswerte Auseinandersetzung zwischen Rechts und Links - als ungewissen Ausgang. Das Aufsteigen des Königs Goldwater am politischen Himmel Amerikas hat jedenfalls das Land vor eine Reihe von Erscheinungen gestellt.

+ + +